



Petition 195590

Deutsche Welle - Erhalt des griechischsprachigen Programms der Deutschen Welle

Text der Petition	Der Deutsche Bundestag setzt sich für den Erhalt des griechischsprachigen Programms der Deutschen Welle (DW) ein und fordert die Bundesregierung auf, 1.) zu prüfen, ob die der DW zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel so angepasst werden können, dass der Fortbestand des griechischsprachigen Angebots gesichert wird; 2.) gegenüber der DW und ihrem Verwaltungsrat darauf hinzuwirken, die Entscheidung zur Einstellung des Programms auszusetzen und erneut zu bewerten.
Begründung	Die angekündigte vollständige Einstellung des griechischsprachigen Angebots der Deutsche Welle zum 1. Januar 2027 wird mit erheblicher Besorgnis gesehen. Die griechische Redaktion der Deutschen Welle ist seit 1964 ein bedeutender Bestandteil der deutsch-griechischen Beziehungen. Besonders während der Militärdiktatur in Griechenland (1967–1974) leistete sie einen wichtigen Beitrag zur freien, unabhängigen Information und war für viele Griechinnen und Griechen ein verlässlicher Bezugspunkt demokratischer Orientierung. Sie war damals nahezu die einzige freie Informationsquelle in Griechenland. Diese historische Verantwortung darf nicht leichtfertig relativiert werden. Ebenso darf die Wirkung einer Schließung in Griechenland und auf Zypern nicht unterschätzt werden. Gut zehn Jahre nach dem Ende der Staatsschuldenkrise und den damit verbundenen kommunikativen Spannungen könnte der Vollzug dieser Entscheidung ein negatives Signal aussenden und die intensive Arbeit der Annäherung nachhaltig beeinträchtigen; im Gegenteil es braucht das Programm weiter. Es darf keinesfalls der Eindruck entstehen, Deutschland lasse Griechenland erneut im Stich – insbesondere vor dem Hintergrund, dass ausgerechnet das griechischsprachige Programm vollständig eingestellt werden soll. Eine solche Maßnahme könnte in der öffentlichen Wahrnehmung als mangelnde Wertschätzung gegenüber einem engen europäischen Partner verstanden werden. Die vielfältigen Bemühungen zahlreicher Akteure im deutsch-griechischen Kontext – in Politik, Zivilgesellschaft, Kultur und Wirtschaft – würden dadurch erschwert und in Teilen zurückgeworfen. Sollte die Entscheidung abschliessend bleiben, müssen folgende Fragen beantwortet werden: Wie ist die Entscheidung zu bewerten, eine Sprache einzustellen, die Amtssprache

zweier Mitgliedstaaten der Europäischen Union – Griechenland und Zypern – ist?

Wie wird der Tatsache Rechnung getragen, dass über 500.000 Menschen griechischer Herkunft in Deutschland leben und damit Teil unserer gesellschaftlichen Realität sind?

Gerade in einer Zeit globaler geopolitischer Spannungen und wachsender Desinformation kommt internationalen, unabhängigen Medienangeboten besondere Bedeutung zu. Mehrsprachigkeit ist kein Nebenaspekt, sondern Ausdruck von Respekt, Partnerschaft und europäischer Verbundenheit. Ebenso dient es als soft power instrument für die Bundesregierung.

Die griechische Sprache ist für viele Menschen weit mehr als ein bloßes Kommunikationsmittel. Sie ist Ausdruck kultureller Identität, historischer Erinnerung und ein zentraler Bestandteil des europäischen Einigungsgedankens.

Eine vollständige Schließung des Programms birgt die Gefahr, populistischen Kräften in der Region zusätzlichen Argumentationsraum zu eröffnen, wonach Deutschland den Anliegen Griechenlands nicht die gebotene Aufmerksamkeit schenke. Ein solches Signal sollte im Interesse der deutsch-griechischen Beziehungen und des europäischen Zusammenhalts unbedingt vermieden werden.